

Arbeit 2001

Beschäftigungspolitische Schwerpunkte des Deutschen Gewerkschaftsbundes im Jahre 2001

Vorwort:

Im vergangenen Jahr ist die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland weiter gesunken. Dafür gibt es mehrere Ursachen: Die positive Konjunktorentwicklung, der steigende Export, die demographische Entwicklung und die beschäftigungsorientierte Tarifpolitik der Gewerkschaften. Wir Gewerkschaften haben mit unseren betrieblichen und überbetrieblichen Aktivitäten unseren Beitrag zum Abbau der Arbeitslosigkeit geleistet.

Aber noch immer ist die Arbeitslosigkeit mit über 3,5 Millionen registrierten Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt zu hoch. Besonders in den neuen Bundesländern sind wir von einer Entspannung auf dem Arbeitsmarkt weit entfernt. Es ist immer noch nicht gelungen, den hohen Sockel an Langzeitarbeitslosen abzubauen.

Auch das duale System ist noch nicht in der Lage, jedem Jugendlichen, der ausbildungswillig und ausbildungsfähig ist, einen wohnortnahen Ausbildungsplatz seiner Wahl anzubieten. Vor allem in den neuen, aber auch in den alten Bundesländern, müssen noch zu viele Ausbildungsplätze vom Staat subventioniert werden. Die Wirtschaft kommt ihren Verpflichtungen nur unzureichend nach.

Trotz großer Anstrengungen in der Qualifizierungspolitik sind die Menschen noch bei weitem nicht auf den notwendigen Wandel von der Industrie- zur Dienstleistungs- und Informationsgesellschaft vorbereitet. Die Teilhabe am Wissen und die Fähigkeit mit immer neuem Wissen umzugehen beschränkt sich noch auf eine gut ausgebildete Minderheit. Neue Entwicklungen hin zur wissensbasierten Wirtschaft bieten einstweilen nur Wenigen neue Chancen.

Daher werden die Gewerkschaften im Jahre 2001 die Initiative für eine umfassende und nachhaltige Beschäftigungsoffensive ergreifen. Wir werden uns in den Unternehmen der Privatwirtschaft und im öffentlichen Sektor, in den Regionen und den Ländern, im Bund und in Europa massiv für den Erhalt von bestehenden Arbeitsplätzen und die Schaffung neuer Arbeitsplätze einsetzen. Wir fordern dazu ein umfassendes öffentliches Programm von Zukunftsinvestitionen.

Unsere Beschäftigungsoffensive verbinden wir mit der Forderung nach einer umfassenden Qualifizierungsoffensive von Staat und Wirtschaft. Sie wurde im Bündnis für Arbeit beschlossen. Wir wollen sie mit Leben erfüllen und in allen Bereichen der Bildung, in der Aus- und Weiterbildung wie in der schulischen Bildung, umsetzen.

Arbeit und Bildung sind ein Gebot sozialer Gerechtigkeit. Wir leisten unseren Beitrag, und fordern von der Wirtschaft wie von der Politik ihrer Verantwortung gerecht zu

werden. Das Jahr 2001 muss das Jahr der endgültigen Wende auf dem Arbeitsmarkt werden !

1. Mehr Beschäftigung durch höheres Wachstum

1.1 Handlungsbedarf auf dem Arbeitsmarkt:

Es gibt viele positive Signale für eine Wende auf dem Arbeitsmarkt: Die Arbeitslosigkeit sinkt. Auch die Erwerbstätigkeit nimmt zu. Dabei vollzieht sich der Anstieg der Frauenerwerbstätigkeit überwiegend in Teilzeit. Das Ausscheiden älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wird inzwischen durch zusätzliche Arbeitskräfte (ebenfalls überwiegend in Teilzeit) aus der stillen Reserve kompensiert.

Dennoch rechnen Arbeitsmarktforscher damit, dass im Jahresdurchschnitt immer noch 1,7 Millionen Frauen und 1,9 Millionen Männer arbeitslos sein werden.

Die Entwicklung in Ost- und Westdeutschland verläuft nach wie vor unterschiedlich. Während in Westdeutschland die Arbeitslosigkeit merklich zurückgeht, dürfte der Rückgang in Ostdeutschland nur zwischen 20.000 und 40.000 betragen. Dann werden dort immer noch 1,3 Millionen Personen eine Arbeit suchen.

Die Arbeitslosigkeit älterer Arbeitnehmer hat abgenommen. Offensichtlich ist es gelungen ihr immer zahlreicheres Ausscheiden zu stoppen. Positiv ausgewirkt haben sich auch gesetzliche Änderungen, die eine bessere Förderung älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ermöglichen. Gleichzeitig haben die Arbeitsämter verstärkt Bemühungen unternommen, um Ältere in Arbeit zu vermitteln. Aber immer noch sind 750.000 Ältere Menschen über 55 Jahre arbeitslos.

Der Anstieg von Frauenteilzeitarbeit beruht nicht in allen Fällen auf einer freiwilligen Entscheidung. Vielfach sind Frauen durch Erziehungs- und Pflegeaufgaben bei der Wahl von Arbeitszeiten und Arbeitsplatz eingeschränkt. Das zeigt wie notwendig es bleibt, die schon vorhandenen Flexibilisierungspotentiale für eine kreative Arbeitszeitpolitik zu nutzen und so eine partnerschaftliche Aufteilung der Familienaufgaben zu unterstützen.

Im Vergleich zu den übrigen Gruppen am Arbeitsmarkt ist besonders die Entwicklung der Jugendarbeitslosigkeit in Ostdeutschland unbefriedigend. Gegenüber dem Vorjahr ist die Entwicklung im Jahre 2000 sogar negativ und es ist zu befürchten, dass dieser Trend auch im Jahre 2001 anhält. In Westdeutschland verläuft die Entwicklung positiver. Trotzdem werden 2001 im Jahresdurchschnitt in Ost und West rund 400.000 junge Menschen unter 25 Jahren ohne Arbeit sein.

1.2 Eine gesamtwirtschaftliche Politik für Wachstum und Beschäftigung:

Die Bedingungen für eine umfassende Beschäftigungsoffensive sind in der Bundesrepublik derzeit so günstig wie seit langem nicht.

Nach den Prognosen der Wirtschaftsforschungsinstitute wird das gesamtwirtschaftliche Wachstum im kommenden Jahr 2,7 % betragen, die Produktivitätsrate wird um 2,3 % steigen.

Eine nachhaltige Besserung am Arbeitsmarkt kann am besten erreicht werden

- wenn die Einkommenspolitik die Kaufkraft der Arbeitnehmer stärkt,
- wenn auf nationaler und auf europäischer Ebene mit einer Erhöhung der öffentlichen Investitionen für eine moderne Infrastruktur und unmittelbar für Arbeitsplätze gesorgt wird und
- wenn die Europäische Zentralbank (EZB) – auch auf der Grundlage einer verteilungsneutralen Einkommenspolitik - den notwendigen geldpolitischen Flankenschutz für Wachstum und Beschäftigung bei hinreichend stabilen Preisen leistet.

Die öffentliche Finanzpolitik trägt Verantwortung für ein beschäftigungsschaffendes Wachstum.

Zwar wird die Reform der Einkommenssteuer in den Jahren 2001 – 2005 Steuerentlastungen für die Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen bewirken. Dies steigert die Kaufkraft der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und sorgt damit für Impulse für die Binnenkonjunktur.

Bei der soeben in Kraft getretenen Unternehmenssteuerreform entsteht jedoch eine deutliche Nettoentlastung der Unternehmen. Sie müssen durch Investitionen und Mehreinstellung von Arbeitnehmern eine Bringschuld erfüllen anstatt durch immer neue Forderungen die größte Steuerreform der Nachkriegszeit klein zu reden.

Grundsätzlich muss wegen der hohen Zinsbelastung insbesondere des Bundeshaushaltes die Staatsverschuldung abgebaut werden. Dies darf jedoch das Beschäftigungsziel nicht aushebeln.

Darum fordern wir ein öffentliches Zukunftsinvestitionsprogramm auch als unverzichtbare Voraussetzung für private Investitionen und damit für ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum.

Die von der Bundesregierung beschlossene Verwendung von Zinsersparnissen aus den UMTS-Erlösen ist ein richtiger Einstieg in die Wiederbelebung öffentlicher und privater Investitionen. Sie darf aber nicht nach drei Jahren auslaufen sondern muss kontinuierlich fortgesetzt werden.

1.3 Arbeitszeitpolitik zur Umverteilung von Arbeit

Trotz der günstigen Wachstumsprognosen wird es notwendig sein Produktivitätsfortschritte für Arbeitsumverteilung zu nutzen um mehr Menschen zu beschäftigen. Darum müssen die vorhandenen Instrumente der Arbeitszeitpolitik konsequent genutzt, ein großer Teil der regelmäßig geleisteten Überstunden abgebaut, mehr Teilzeitarbeitsplätze angeboten und die Erwerbstätigkeit von Frauen besonders gefördert werden. Der DGB und die Gewerkschaften halten an ihrem Ziel der Arbeitsumverteilung (u.a. durch die Einführung der 35-Stunden-Woche) fest.

Der DGB und die Gewerkschaften setzen sich für ein gesellschaftliches Bündnis zur Umverteilung von Arbeit ein. Gefordert sind in gleicher Weise Schritte der tariflichen Umverteilung und Verkürzung von Arbeit und ihrer betrieblichen Umsetzung, die gesetzliche und finanzielle Förderung differenzierter Arbeitszeitwünsche sowie eine breite gesellschaftliche Verständigung über Voraussetzungen und Wirkungen kürzerer und flexibler Arbeitszeiten.

Eine wirksame und daher überzeugungskräftige Politik der Arbeitsumverteilung hat weitreichende gesellschaftliche Auswirkungen, etwa für die Rollenverteilung zwischen den Geschlechtern, für das Verhältnis zwischen betrieblicher Arbeitszeit und autonomer privater Zeit oder für die öffentliche Infrastruktur und gesellschaftliche Zeitrhythmen. Wenn reduzierte Arbeitszeit somit Element eines neu zu definierenden Wohlstands werden soll, setzt dies eine breite gesellschaftliche Debatte und Verständigung voraus.

2. Beschäftigungsförderung als Aufgabe der Strukturpolitik

Richtgröße für eine wachstums- und beschäftigungsfördernde Strukturpolitik der nächsten Jahre wird eine nachhaltige Investitionstätigkeit sein. Dies gilt insbesondere für die Wiederbelebung der öffentlichen Investitionen in Infrastruktur und Bildung in Gesamtdeutschland. Zu Infrastruktur-Investitionen zählen auch Personalausgaben im öffentlichen Dienst, die vom Bürger als Dienstleistung nachgefragt werden – unter anderem für den Bereich der inneren Sicherheit.

2.1 Prioritäten in der Verkehrspolitik

Besonders fatal ist der stete Rückgang öffentlicher Investitionen, der bei Erhalt, Aus- und Neubau der Verkehrsinfrastruktur einen großen Nachholbedarf hat entstehen lassen. Dieser Trend ist umzukehren. Eine langfristige Sicherung der Infrastrukturinvestitionen wird neben der stärkeren Berücksichtigung der positiven gesamtwirtschaftlichen Wirkungen öffentlicher Investitionsmaßnahmen durch die bisherige Haushaltsfinanzierung zunehmend auch öffentlich-private Partnerschaften sowie Formen direkter Nutzerfinanzierung erfordern.

Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Deutschen Bahn AG erfordern politisches Handeln, das über kurzfristige Unterstützungsmaßnahmen hinaus gehen und eine wirkliche Zukunftsperspektive eröffnen muss. Dazu gehört die ausreichende staatliche Finanzierung des Aus- und Neubaus des Schienennetzes sowie die Sicherung und Weiterentwicklung des Regionalverkehrs. Zentrale Bedeutung erhält die Entlastung des Verkehrsträgers Schiene von Kosten, die andere verkehrsträger und andere europäische Bahnen nicht zu tragen haben. Mineralöl- und Ökosteuer sollten so lange nicht von der Schiene getragen werden müssen, wie auch das Flugzeug und das Binnenschiff hiermit nicht belastet werden. Ebenso sollte die Mehrwertsteuer für den gesamten Schienenverkehr halbiert werden, da außer den deutschen keine der europäischen Bahnen den vollen Satz zu tragen haben. Schließlich ist eine Angleichung der Wegekosten für den Straßen- und Schienengüterverkehr geboten, was auf der einen Seite eine deutliche Senkung der Trassenpreise für die Schiene und auf der anderen Seite die schnellstmögliche Einführung einer leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe für den Straßengüterverkehr in Deutschland und in der EU erfordert. Diese Maßnahmen sind nicht nur im Hinblick eine zukünftige Liberalisierung des Schienenverkehrs auf europäischer Ebene wichtig, sondern auch zur Schaffung fairer und gleicher Wettbewerbsbedingungen zwischen den Verkehrsträgern. Insbesondere eine konkrete Strategie zur Steigerung des Gütertransports auf der Schiene muss sich im Jahr 2001 auch an konkreten Zuwachszahlen messen lassen.

Innovation und technische Effizienz der Verkehrsmittel müssen weiter gefördert werden. Hand in Hand damit muss die Qualität in der Dienstleistung, die sich unmittelbar auf die Fähigkeiten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer stützt, erhöht werden. Der Einsatz von Verkehrstelematik muss Transportströme leiten und

den Übergang zwischen den Verkehrsmitteln erleichtern. Genutzt werden muss eine solche Innovations- und Dienstleistungs-offensive auch zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen und zur Erschließung neuer Beschäftigungsfelder.

Schließlich muss die ökologische Lenkungswirkung von Steuern und Abgaben im Verkehr weiter verbessert werden. Dies bezieht sich auch auf die sozial-ökologische Steuerreform. Auf europäischer Ebene besteht dringender Handlungsbedarf für eine EU-weite Energiesteuer, nicht zuletzt um Wettbewerbsnachteile für die deutsche Wirtschaft zu vermeiden.

2.2 Bündnis für Arbeit und Umwelt umsetzen und Energiewende einleiten

Im Bündnis für Arbeit und Umwelt sind im Jahr 2000 wichtige Fortschritte erzielt worden. Dazu gehört die energetische Sanierung des Gebäudebestandes im Umfang von 300.000 Wohnungen pro Jahr als praktisch umsetzbarer Beitrag zum Klimaschutzziel der Bundesregierung und zur Schaffung von insgesamt 200.000 zukunftsfähigen Arbeitsplätzen.

Die Exportchancen für Umwelttechnik sowie die damit zusammenhängenden Beschäftigungspotentiale sind im Hinblick auf den wachsenden Weltmarkt für Umweltschutz (480 Mrd. DM für 2000 laut OECD) erheblich zu verbessern. Ziel ist eine Ausweitung des deutschen Weltmarktanteils am Export von Umwelttechnologien und damit Beschäftigung in diesem Bereich zu sichern und auszubauen.

Die hohen Rohölpreise haben die Notwendigkeit einer nachhaltigen Energiewende noch einmal deutlich gemacht. Eine Energiewende verlangt Handeln auf verschiedenen Feldern. Dazu gehören: Nachhaltigkeit in der Energieerzeugung und Energienutzung, Effizienzsteigerung im bestehenden Anlagenpark der Stromerzeuger, Erneuerung des Kraftwerkparcs durch effizientere Anlagen, Kraft-Wärme-Kopplung, rationelle Energienutzung, Angebote von Energiedienstleistungen, verstärkte Energieeinsparung sowohl im Bereich von Produktion als auch in der Produktpolitik, Forschung und Entwicklung im Bereich neuer Energietechniken (Brennstoffzelle u. a.) bis hin zum beschleunigten Ausbau der Nutzung erneuerbarer Energien.

2.3 "New" und "old Economy" fördern

Für den Übergang in die wissensbasierte Wirtschaft wird es nicht ausreichen, die sogenannte "new economy" getrennt von der "old economy" zu fördern. In Zukunft kommt müssen beide Bereiche besser miteinander verzahnt werden. Hierzu bedarf es der Ansiedlung erstklassiger Dienstleister und innovativer Unternehmen im Umfeld der traditionellen Unternehmen und insgesamt einer besseren Koordinierung der Aktivitäten zur Verbreitung der Internetnutzung in Deutschland.

Die technische Infrastruktur für den elektronischen Geschäftsverkehr (e-commerce) ist in Deutschland zwar weitgehend gegeben, allerdings stehen hohe Bandbreiten insbesondere zur Nutzung audiovisueller Darstellungen nicht ausreichend zur Verfügung. Zur Verbesserung der technischen Rahmenbedingungen muss daher der Ausbau von Breitbandnetzen zügig erfolgen. Zu weiteren ordnungspolitischen Rahmenbedingungen für die Förderung von e-commerce zählen die Einführung einer elektronischen Signatur sowie Regelungen für verbesserten Daten- und Verbraucherschutz.

Zur gezielten Förderung neuer Arbeitsorganisations- und Produktionsformen muss der vorhandene Förderschwerpunkt "Innovative Arbeitsgestaltung" beim BMBF weiter ausgebaut werden. Die Realität betrieblicher Arbeitsorganisation ist vielfach konservativer als die vorhandenen dynamischen und gestaltungsoffenen Berufsbilder sowie die tarifvertraglichen Rahmenbedingungen.

3. Qualifizierung für die Arbeit in der wissensbasierten Wirtschaft

Im Bündnis für Arbeit vom 10. Juli 2000 haben sich die Bündnispartner auf eine umfassende Qualifizierungsoffensive des Staates, der Wirtschaft und der Gewerkschaften verständigt.

3.1 Notwendige Reformen im Bildungswesen einleiten

Unser Bildungssystem muss Jugendlichen ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen und sie auf die Anforderungen der Arbeitswelt vorbereiten. Intensiver als bisher müssen dort soziale Kompetenzen, die Fähigkeit zum lebensbegleitenden Lernen sowie die Beherrschung der Kulturtechniken erworben werden. Alle Schülerinnen und Schüler müssen eine ausreichende Bildung erhalten, die sie auch zu einer qualifizierten Berufswahl befähigt.

Die Weiterentwicklung des Schulsystems muss sich gleichermaßen auf Inhalte und auf Organisationsformen beziehen. Die personelle Ausstattung von Schulen muss entsprechend angepasst werden. Dazu gehört auch die verbesserte sozialpädagogische Betreuung. Die Aus- und Weiterbildung der Lehrerinnen und Lehrer muss neu gestaltet werden. Dies gilt insbesondere für die beruflichen Schulen.

Hochschulen sind öffentliche Einrichtungen. Die institutionellen Kosten sollen weiterhin von Bund und Ländern getragen werden. Es wird aber darauf ankommen, Wege zu einer stärkeren Eigenständigkeit der Hochschulen zu schaffen, damit sie besser als bislang ihre Aufgaben bewältigen können.

Bund, Länder und Kommunen sind gefordert, ihre Bildungsausgaben gegebenenfalls durch Umschichtung so zu steigern, dass die geforderte Neuorientierung unseres Bildungssystems gelingt. Sie sollen die personelle, räumliche und sachliche Ausstattung der Schulen und Hochschulen deutlich verbessern. Zur Substanzverbesserung sind massive Investitionen erforderlich. Die Zusammenarbeit von Schule und Jugendhilfe muss gestärkt werden.

3.2 Das duale Ausbildungssystem modernisieren und stärken

Bis zum Jahre 2005 steigt bundesweit die Zahl der Schulabgängerinnen und -abgänger aus den Klassen 9/10 der allgemeinbildenden Schulen. Von diesen suchen rund 60 Prozent einen Ausbildungsplatz im dualen System der Berufsausbildung.

Die Gewerkschaften stellen fest:

- Die Zahl der Ausbildungsplätze konnte durch massiven Einsatz öffentlicher Gelder deutlich erhöht werden.
- Die Zahl der von der Wirtschaft angebotenen und nicht subventionierten betrieblichen Ausbildungsplätze ist bislang eher rückläufig gewesen. Die Zahlen

der Bundesanstalt für Arbeit geben Hoffnung, dass sich dies in diesem Jahr ändert.

- Die Anforderungen der Wirtschaft an die Beschäftigten steigen (Strukturveränderungen in den Unternehmen; schneller technologischer Wandel; Bedarf an prozessorientierten kooperativen Arbeiten steigt). Entsprechend nimmt die Zahl der Arbeitsplätze für unqualifizierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ab.
- Immer mehr Betriebe sind nicht mehr oder noch nicht in der Lage, komplette Ausbildungsprofile zu vermitteln.
- In den Bundesländern herrscht weiterhin, wenn auch mit regionalen Unterschieden, ein permanentes Unterangebot an Ausbildungsplätzen. Insbesondere die ostdeutschen Länder sind eklatant unterversorgt. Gleichzeitig bleiben Ausbildungsplätze unbesetzt. Entweder werden nicht genügend "ausbildungsreife" (wenigstens Hauptschulabschluss) Bewerberinnen und Bewerber gefunden oder Jugendliche sehen keine Perspektive in den angebotenen Ausbildungsberufen.
- Seit Jahrzehnten konzentrieren sich die Ausbildungswünsche junger Menschen mit wenigen Veränderungen auf die gleichen Ausbildungsberufe. Einige davon - insbesondere für junge Frauen - sind aber nur bedingt zukunftsfähig.
- Die Ausbildungsabbrecherquoten erreichen z. T. 25 Prozent, bis zu 15 Prozent eines Altersjahrganges haben im Alter von 29 Jahren keinen qualifizierten Ausbildungsabschluss erworben.
- Die Nachfrage am Arbeitsmarkt nach Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern mit Hochschulabschluss steigt. Viele Studiengänge – etwa im Ingenieurbereich - wurden aber mangels Nachfrage in den letzten Jahren zurückgebaut, die Mittel umgewidmet. Damit stehen diese Gelder zu einem Zeitpunkt, an dem sie dringend benötigt würden, nicht mehr zur Verfügung.

Die Gewerkschaften fordern, dass Betriebe und Verwaltungen ein ausreichendes Angebot an qualitativ hochwertigen Berufsausbildungsplätzen bereitstellen. Von der Qualität der Ausbildungsplätze hängt es zunehmend ab, ob sie von den Jugendlichen angenommen werden.

Die Gewerkschaften fordern im Bündnis für Arbeit eine konkrete Verpflichtung von Politik und Arbeitgebern

- zur Umsetzung des Ausbildungskonsenses 2001
- zur weiteren Entwicklung moderner und flexibler Ausbildungsberufe
- zur Nutzung von Tarifverträgen zur Ausbildung
- zur Förderung der Verbundausbildung insbesondere in den neuen Bundesländern
- zur Verzahnung von Hochschulstudium und Ausbildung und
- zu weiteren Hilfen für jugendliche Ausbildungsabbrecher durch Anerkennung geleisteter Ausbildungsteile und größerer Möglichkeiten, zu einem späteren Zeitpunkt eine vollwertige Ausbildung zu erhalten.

Es ist an der Zeit, die inhaltliche Diskussion über die Weiterentwicklung des Dualen Systems einschließlich seiner Finanzierung zu führen und möglichst bald zu einer Überarbeitung der rechtlichen Grundlagen zu kommen.

3.3 Zugang zur Weiterbildung für alle sichern

Mit der beruflichen Erstausbildung werden die Grundlagen für die Arbeit der Zukunft gelegt. In immer schnellerer Folge veralten jedoch erworbene Kenntnisse und Fähigkeiten, muss in der Arbeit neues gelernt, müssen neue Qualifikationen erworben werden. Darum ist der Zugang zum lebensbegleitenden Lernen eine wesentliche Voraussetzung für Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt, für Teilhabe und für die Gestaltung von Arbeit sowie für Beteiligungs- und Mitbestimmungsmöglichkeiten.

Im krassen Gegensatz dazu stehen die unzureichenden Möglichkeiten zur Qualifizierung für ältere und gering qualifizierte Beschäftigte, für Ausländer und für Langzeitarbeitslose. Auch der Zugang von Frauen zur Weiterbildung muss deutlich erhöht werden.

Notwendig ist daher zum einen eine Qualifizierungsoffensive in den Unternehmen, vor allem in den kleineren und mittleren Unternehmen. Sie dient der Ausbildung von dringend benötigten Fachkräften im IT-Bereich. Darüber hinaus leistet sie einen wichtigen Beitrag zum Erwerb derjenigen Kenntnisse und Fertigkeiten, die die Beschäftigten zum Übergang zu einer wissensbasierten Tätigkeit benötigen.

Job-Rotation gilt als gutes Instrument zur Qualifizierung und Wiedereingliederung von Arbeitslosen in den Arbeitsmarkt. Wir fordern daher die Bundesregierung auf, die Job-Rotation im SGB III zu verankern.

Anknüpfend an die gemeinsame Erklärung des Bündnisses für Arbeit vom 10. Juli 2000 werden die Tarifvertragsparteien in diesem Jahr die Rahmenbedingungen für die berufliche Weiterbildung in den Unternehmen gestalten und verbessern.

In gemeinsamen Absprachen von Wirtschaft, Gewerkschaft und Politik müssen berufliche Erstausbildung und Weiterbildung miteinander verzahnt werden. Bildungsplanung soll als Teil von Unternehmensumstrukturierung und Personalentwicklung verankert werden. Das trägt den Erfordernissen der beruflichen Mobilität Rechnung.

Zwischen Bund und Ländern sollen Maßnahmen zur Förderung der Weiterbildung

- durch einheitliche Standards für die Sicherung der Qualität der beruflichen Weiterbildung und der Professionalität des Weiterbildungspersonals
- durch die Verbindung der Weiterbildung mit europäischen Aspekten
- durch die Weiterbildungsstatistik und die Förderung von Forschung
- sowie zur Zertifizierung von Weiterbildungsleistungen

vereinbart werden.

Weiterbildungsleistungen sollen auch im europäischen Rahmen vergleichbar sein (europäischer Weiterbildungspass).

4. Arbeitsmarktpolitik wirksamer gestalten

Durch Dezentralisierung und effiziente Controllingverfahren muss die Qualität der Arbeitsmarktpolitik weiter verbessert werden. Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und Strukturanpassungsmaßnahmen sollten möglichst arbeitsmarktnah organisiert werden.

Mindeststandards in den Tarifverträgen dürfen nicht durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen unterlaufen werden.

Für Langzeitarbeitslose und Sozialhilfeempfänger müssen gezielte Hilfen eingeleitet werden. Verschiedene Modellversuche in den Regionen belegen, dass die Eingliederungschancen durch abgestimmtes Vorgehen und bessere Kooperation zwischen Arbeitsämtern und Sozialämtern verbessert werden können.

Die Arbeitslosenhilfe muss dabei als eigenständige Sicherung gegen Langzeitarbeitslosigkeit erhalten bleiben. Die Verknüpfung mit der Sozialhilfe bringt für die Eingliederung keine Vorteile, wird aber die soziale Situation der Betroffenen weiter verschärfen.

Öffentlich geförderte Beschäftigung für Arbeitslosenhilfe- und Sozialhilfeempfänger muss sozialversicherungspflichtig sein und arbeitsrechtliche Standards sowie die Regeln der Arbeitssicherheit einhalten.

DGB, Gewerkschaften und Betriebsräte müssen verstärkt darauf drängen Überstunden abzubauen um Arbeitslosen wieder eine Beschäftigung zu sichern. Mindestens ein Viertel der regelmäßig geleisteten Überstunden soll in neue Arbeitsplätze umgewandelt werden. Geeignete Instrumente um diesen Prozess zu unterstützen stehen bei den Arbeitsämtern zur Verfügung. Wichtig ist, dass in den Unternehmen und auch bei Betriebsräten verstärkt für dieses Thema geworben wird.

Eine erhebliche Anzahl von Arbeitsplätzen geht durch illegale Beschäftigung und Lohndumping verloren. Gewerkschaften und Betriebsräte sowie die zuständigen Behörden müssen verstärkt zusammenarbeiten um alle Formen der illegalen Beschäftigung zu bekämpfen und dem Missbrauch von Sozialleistungen vorzubeugen und die hierdurch bedingte Vernichtung von Arbeitsplätzen zu verhindern.

5. Neue Bundesländer vor der Osterweiterung der EU gezielter stärken

In den neuen Bundesländern bleibt der Aufholbedarf und die Arbeitslosigkeit das dringlichste Problem. Als immer wichtiger erweist sich zudem eine schrittweise Neubelebung der Tarifvertragslandschaft.

Innovationspolitik muss regional differenziert die Entwicklung der Humanressourcen, die nachhaltige Förderung vernetzter Wirtschaftsstrukturen und den Infrastrukturausbau vorantreiben. Voraussetzung ist, dass die kommunale Finanzausstattung im Zuge der Neuregelung des Länderfinanzausgleichs wieder Spielräume für Investitionen in die kommunale Infrastruktur eröffnet.

An die innovativen Impulse des "InnoRegio"-Wettbewerbs ist anzuknüpfen. Die initiierten regionalen Netze von KMU und Forschungsinstituten können das FuE-Defizit ostdeutscher Unternehmen z.T. kompensieren. "Innovationsforen" sollten nun als Plattform für interregionalen Austausch angeregt werden um regionale Innovationspotenziale in wissens- und marktrelevanten Bündnissen zu organisieren.

Der DGB begreift die EU-Osterweiterung gerade für die neuen Bundesländer als Chance von einer neuen internationalen Arbeitsteilung zu profitieren. Aber die wirtschaftliche Anpassung muss jetzt angegangen werden um soziale Ungleichgewichte frühzeitig abzufedern.

Die Erhöhung der Investitionszulage für die Grenzregionen um 2,5 Prozent kann nur ein Anfang sein. Der DGB fordert einen Aktionsplan mit arbeitsmarkt- und strukturpolitischen sowie sozial-kulturellen Elementen, an dem die Gewerkschaften beteiligt werden müssen.

6. Handeln für die Zukunft

Das Jahr 2001 muss die endgültige Wende auf dem Arbeitsmarkt bringen. Arbeit und auch Bildung sind Grundlagen für soziale Gerechtigkeit. Wir leisten unseren Beitrag für mehr Gerechtigkeit. Wirtschaft und Politik fordern wir dazu auf, das ihre zu tun und ihrer Verantwortung gerecht zu werden.